

Sattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeilles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge usw.

Publikationsorgan der Berufsrankenfassen

Inserate lofl. d. 4 gespalt. Nonp.-Zeile 100 Mt. f. Stellenangeb., 150 Mt. f. Sachwertangeb.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b III
Zernbrucher: Amt Westf. Nr. 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 60 Mt. pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

An die deutschen Arbeiter und Angestellten.

Der Vorstand des ADGB. und des AFA-Bundes wendet sich erneut in einem Aufrufe an die Arbeiter und Angestellten mit dem Ersuchen, den bereits bekannten Beschluß, einen Stundenlohn für die Ruhrhilfe abzuliefern, zur Ausführung zu bringen. Der Einwand, daß die Gelder in eine Kasse fließen, in die auch die Unternehmer zahlen, wird durch die Erklärung berichtigt, daß die Kasse paritätisch verwaltet wird. Die Gleichberechtigung bei allen Entscheidungen über die Verwendung der „Ruhrhilfe“ sei durchgesetzt worden, obwohl von den Arbeitgebern vier Fünftel der Mittel aufzubringen seien, während Arbeiter und Angestellte nur ein Fünftel aufzubringen hätten.

Es wäre die selbstverständliche Pflicht, daß die Beschäftigten den Hauptteil der Mittel für diesen Abwehrkampf aufbringen. Die Vertreter der Arbeiter dürften es nicht ablehnen, ihren Einfluß geltend zu machen, damit den notleidenden Arbeitern die aufgebrauchten Gelder zugute kommen. Die Zusammenfassung der Mittel zu diesem Abwehrkampf sei ein zwingendes Gebot der Kampfstatik. Alle Einwände gegen die Art der Verwaltung dieser Gelder wären nur leeres Gerede. Der Kampf an der Ruhr hat nicht seinesgleichen in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Es handelt sich dort nicht um einen Klassenkampf, wie er sich infolge der Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital so oft abspielt, es handelt sich dort um einen Abwehrkampf beider Gruppen gegen einen Unterdrücker, der alle mit Vernichtung bedroht.

Es wird dann an die Disziplin der Gewerkschaftsmitglieder appelliert, auf der doch bisher alle unsere Stärke im wesentlichen beruhte. Wer die Disziplin untergräbt, der zerstört die Grundlagen unserer Macht, durch welche alle unsere Erfolge errungen wurden.

Selbst wer der Meinung ist, daß die Taktik des ADGB. falsch sei, müsse jetzt diese zurückstellen, aus Liebe zu den notleidenden Kollegen an der Ruhr, überhaupt in den besetzten deutschen Gebieten.

Ueberweisungen unter „Ruhrhilfe“, Postfachamt Berlin 57 200, oder Reichsbank Berlin, Niederwallstraße, Girokonto Ruhrhilfe.

Zum Verbandstag.

Der Verbandsvorstand und -auschuß haben den Verbandstag auf den 7. Juni einberufen. Es trennen uns also noch zirka drei Monate oder dreizehn Wochen von diesem Zeitpunkt. Das ist eine kurze Spanne Zeit und doch kann bis dahin noch vielerlei passieren, denn die politische Atmosphäre ist mit Hindustoff geschwängert und kann jeden Augenblick zur Explosion gelangen. Nun hat Kollege Dehnert in Nr. 9 die Frage aufgeworfen, ob es unter diesen Umständen überhaupt Zweck hat, einen Verbandstag abzuhalten. Er führt triftige Gründe für eine Verschiebung an, weil einmal die riesigen

Kosten der Tagung und des anderen die unsicheren Verhältnisse, die jede aufbauende Arbeit eines Verbandstages unfruchtbar erscheinen lassen, für eine Ausschlebung zu sprechen scheinen.

Zwischen den letzten Verbandstagen, München 1912 und Nürnberg 1919, lag ein Zeitraum von sieben Jahren. Es folgte 1920 der Verschmelzungsverbandstag in Halle. Seitdem sind bis 16. März drei Jahre vergangen. Wenn wir in normalen Zeitverhältnissen leben würden, die es ermöglichen, daß der Verbandstag aufbauende, zeitgemäße Reformarbeit an unserem Verbandsorganismus vornehmen könnte, würden wohl alle Verbandsmitglieder freudig für sein Eintreten eintreten.

Der Bericht des Vorstandes kann sich in der Hauptsache nur mit dem Ringen um die Existenzmittel für die Mitgliedschaften erstrecken, das durch die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse notwendig wurde. Diese sich in kurzen Zwischenräumen wiederholenden Auseinandersetzungen mit den Unternehmern nehmen die ganze Kraft der Verbandsfunktionäre in Anspruch. Die Geldentwertung wiederum zwang zu unausgesehenen Beitragserhöhungen und belastete den gesamten Verwaltungsapparat des Verbandes in einem solchen Grade, daß der größte Teil der Mitglieder sich davon wohl keinen rechten Begriff machen kann. Alle anderen Aufgaben der Organisation haben darüber zurückgestellt und vernachlässigt werden müssen. Wie denn überhaupt im allgemeinen die sozialen Erzeugnisse in den letzten Jahren recht magere sind. Selbst die Schulung, Auffklärung und Bildung der Mitglieder, insbesondere auch des Nachwuchses, mußte infolge der unausgesehenen Lohnkämpfe vernachlässigt werden. Auch die Mitglieder- und Branchenversammlungen konnten sich selten mit Bildungsfragen beschäftigen, da ihre Zeit, wie gesagt, meist durch Lohnfragen beansprucht war.

Doch man mag zu den Berichten stehen wie man will, sie schließen ja nur die abgelaufene Zeitspanne seit der Nürnberger bzw. Hallischen Tagung ein. Wichtiger ist die Stellungnahme zur gegenwärtigen und zukünftigen Schicksalsfrage unseres Verbandes. Da ist zunächst die Frage: „Stellungnahme zum Industrieverband“, die unser ganzes Interesse beansprucht. Unser Verband ist in seiner heutigen Beschaffenheit bereits als Industrieverband anzusprechen; wenn die Frage also behandelt wird, kann es sich nur um den Anschluß an einen anderen noch größeren Kreis verwandter Berufsgenossen handeln. In Betracht kommen da in erster Linie die Organisationen, mit welchen Mitglieder unseres Verbandes in irgendeiner Form Interessengemeinschaft resp. wirtschaftliche Zusammenhänge verknüpfen.

Da ist es nun interessant, daß in erster Linie der Schuhmacherverband den Anschluß unseres Verbandes fordert und daß der Vorsteher dieses Verbandes das begründende Referat auf unserem Verbandstage halten soll. Die Sattler, Tapezierer und Portefeuille verarbeitenden Leder, gewiß. Das tun auch die Handschuhmacher, Bandagisten, neuverdings auch Schneider und Hutmacher. Sonstige gemeinsame wirtschaftliche Zusammenhänge haben bisher noch nicht bestanden. Auch das Unternehmertum ist kein gemeinsames; wirtschaftliche Konflikte haben uns noch nie zusammen betroffen oder zusammengeführt. Die Forderung, einen Industrieverband aller Arbeiter zu gründen, die überhaupt mit Leder zu schaffen haben, von der Hochhaut angefangen bis zum fertigen Produkt in jeder Gestalt, ist demnach eine rein formale.

Bisher ist man bei der Verschmelzung einzelner Berufsorganisationen immer von der Voraussetzung aus verfahren, daß Interessengemeinschaft in wirtschaftlicher Beziehung und gemeinsame Kampffront den Zusammenschluß nutzbringend erscheinen ließen. Diese Interessengemeinschaft vermischen wir bei einer Verschmelzung mit den Schuhmachern vollkommen.

Würde die Verschmelzung stattfinden, drängt sich sofort die Frage auf, was wird aus jenen Mitgliedern unseres Verbandes, die in Großbetrieben der Möbelbranchen, der Auto- und Wagenbau-fabrikation beschäftigt sind? — Die ersteren haben bereits seit geraumer Zeit mit dem Holzarbeiterverband gemeinsam Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt, die letzteren mit dem Metallarbeiterverband. Hier und da sind deshalb auch schon Grenzstreitigkeiten entstanden.

Der Metallarbeiterverband ganz besonders hat erklärt, daß der bisherige Zustand so nicht mehr lange fortbestehen könne. Er erhebt Anspruch darauf, daß die Aufstellung dem Metallarbeiterverband zugesprochen werden. Bisher haben nur die Satzungen des ADGB. verhindert, daß es zu Lieberträgen gekommen ist. Wie lange das aber noch geht, ist eine offene Frage.

Die Polsterer in Möbelabriken wiederum fordern vielfach den Anschluß an den Holzarbeiterverband, mit dem sie, wie gesagt, bereits gemeinsame Lohn- und Arbeitsstarke verbinden.

Die Stellungnahme zum Industrieverband liefert uns demnach eine recht harte Ruhe zum Aufstehen. Wir fürchten, daß die Lösung dieser Frage im zustimmenden Sinne zugleich die Zerspaltung unseres Verbandes in eine Anzahl Teile bringen würde. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Experiment, von dem wir keinen Vorteil für unsere Mitglieder erwarten können.

Wegen der Lösung dieser Frage den Verbands-tag abzuhalten und das Verbandsvermögen um vielleicht 10 Millionen zu schwächen, das mag verantworten wer es kann.

Es soll das kein Vorwurf sein für den Ausschuß und Verbandsvorstand, die mit der Einberufung des Verbandstages nur den Beschluß von Halle ausführen, also ihre Pflicht erfüllen. Unsere Pflicht erfordert es aber auch, kritisch zu untersuchen, ob die Abhaltung eines Verbandstages in solcher Situation, zu welchem Zweck, den damit verbundenen Aufwand an Zeit und Mitteln rechtfertigt. Was auch der Verbandstag, wenn er stattfindet, in der Frage zum Industrieverband beschließen mag, die Statutenberatung, die Anträge und die Wahlen müßten trotzdem erledigt werden. Zur Statutenberatung würden die Fehler auszumergen sein, die sich seit der Verschmelzung herausgestellt haben. Da wäre allerdings manches ab- und auszufüllen. Daß die Beitrags- und Unterfrügnungsfrage schlüssig geregelt werden kann, wird niemand behaupten wollen. Solange wir die unsicheren Zustände haben, kann das heutige aufwärtsstrebende Beitrags- und Unterfrügnungssystem nicht durch ein stabiles ersetzt werden. Und die Neuwahl der Verbandsleitung kann unseres Erachtens die Neuausgabe, die ein Verbandstag erfordert, noch weniger rechtfertigen.

Alles in allem, die Mitglieder müssen sich demnach zu der Frage Stellung nehmen, ob es nicht besser ist, den Verbandstag bis zum Herbst dieses oder bis zum Frühjahr des nächsten Jahres zu verschieben. Vielleicht, daß bis dahin die Situation sich gelichtet hat und die Möglichkeit gegeben ist, fruchtbare, aufbauende Arbeit auf dem Verbandstage zu verrichten.

Der Rückgang des Dollarkurses.

Nachdem der Dollar auf 50 000 M. gestiegen war, fühlte sich die Regierung endlich verpflichtet, eine Sitzung der Kart zu veranlassen. Dieser Versuch gelang, so daß der Dollar zeitweilig bis auf 18 000 herabging. Inzwischen ist er aber schwankend geblieben und es hat den Anschein, als ob das Unternehmertum gierig darauf wartet, daß er wieder von neuem steigt. Ueber den Erfolg dieser Stützungsaktion herrschen nun recht unterschiedliche Ansichten. So wird behauptet, das Ausland habe kein Interesse mehr daran, deutsches Geld zu erwerben, deshalb, weil es damit schon überflüssig ist. Man hätte den Betrag deutschen Geldes, den Ausländer in Händen haben, auf etwa 100 Milliarden. Der Ankauf zahlreicher Grundstücke und Industriebetriebe sei durch Ausländer deshalb erfolgt, weil sie eine weitere Entwertung des deutschen Geldes befürchten und sich vor Verlust durch Sachverleuten bedürfen wollten.

Andererseits hatte die deutsche Regierung im Ausland die billige Gelegenheit, das wertlose deutsche Papiergeld für ein paar Goldmilliarden billig aufzukaufen und so den Markkurs hochzubringen.

An den Verkaufspreisen ist die Wirkung der Stützungsaktion bisher kaum in Erscheinung getreten. Die Preise sind noch immer unerhört hoch. Das einzige ist wohl die Wirkung, daß ein gewisser Stillstand in der Aufwärtsbewegung zu beobachten ist.

Im „Vorwärts“ hat Robert Schmidt, der frühere Reichswirtschaftsminister, die Stützungsaktion besprochen. Er schätzt, daß sich große Bestände ausländischer Devisen in deutschen Händen befinden, woran wir nie gezweifelt haben. Er führt auch an, daß im Ausland deutsche Wertpapiere (Reichsanleihen) stark aufgenommen wurden. Wahrscheinlich sind dafür Papiermarkwerte verwendet worden. Der Ankauf deutscher Grundstücke wurde aber vielsach in fremder Wäuta vollzogen. Daß diese Beträge jetzt bei den deutschen Händen liegen und nicht auf den Markt kommen, biete aber für die deutsche Zahlungsbilanz keine Erleichterung, solange der Markkurs sinkt. Erst dann, wenn einmal die Hoffnung geschwunden sei, daß die durch das Sinken des Dollars eingetretenen Verluste durch ein abermaliges Sinken der Kart weitgemacht werden können, würden die jetzt noch festgehaltenen Devisenwerte auf den Markt kommen. Bis dahin müßte die Reichsbank aushalten und sie würde es können.

Von anderer Seite wird der schlechte Stand der Kart darauf zurückgeführt, daß wir mehr Waren einführen als ausführen. Nach dem statistischen Nachweis des Reichsamtes haben wir für zwei Milliarden Goldmark Waren mehr ein- als ausgeführt. Der frühere Reichswirtschaftsminister hält dies nicht für völlig zutreffend. Nach der genauen Berechnung des Einfuhrüberschusses in den durchschnittlichen Marktkursen jedes Monats ergab sich eine Mehreinfuhr von 84 480 Millionen Papiermark.

Schmidt sagte nun: Wenn wir unsere übrigen Verpflichtungen hinzurechnen, hätte unsere Zahlungsbilanz ein Defizit von über 1 Billion aufzuweisen müssen. Einen Ausgleich hätten wir nur finden können, indem wir diesen Betrag an Papiergeld an das Ausland abgaben. Nach den Angaben der Reichsbank betrug unser Notenumlauf am Ende des Jahres 1 260 095 Millionen Mark. Danach müßte dieses ganze Geld nach dem Zustand abgefließen sein. Da wir aber täglich wahrnehmen können, daß auch in Deutschland noch einige Noten geduldet sind, könne die Rechnung nicht stimmen. Selbst wenn auf eine längere Frist Warenverbleib in Anspruch genommen sind, wäre die Differenz nicht zu erklären. Die Handelsbilanz in Goldmarkrechnung wäre ein interessantes, aber unbrauchbares Experiment in der Volkswirtschaft.

Auch die Befürchtung, daß mit der Besserung der Kart unser Handel nicht mehr mit dem Ausland konkurrieren könne, sei stark übertrieben, weil der Preis für ausländische Rohstoffe ja auch automatisch sinken müsse. Und der Verlust an lagernden Rohstoffen werde auch nicht so erheblich sein, weil die Gewerbetreibenden diese in ihrer Bilanz schon so niedrig eingestuft haben, daß sie wie stille Reserven wirken. Außerdem begünstigt der in Deutschland niedrige Arbeitslohn und die Steuerrückstände den deutschen Exporteur.

Das Schwerkriegswirtschaftlicher Stodung bedroht uns im Inlande selbst. Die Lieferung von Kohle und Rohstoffen aus dem besetzten Gebiet droht uns auszugehen und die Folge ist größere Preissteigerung.

Es kommt also darauf an, daß die Kart sich hält, dann müssen die Preise für Kaffee, Tee, Schmalz, Margarine, Textilwaren, Metalle usw. zurückgehen. Die Preislenkung sei deshalb nur zögernd ein, weil die Warenbestände noch teuer eingekauft waren. Bei den heutigen Preisen können viele Geschäfte wohl kaum über sehr große Warenbestände verfügen, wo alles auf raschen Umsatz an-

gewiesen ist. Schwere Vorhaltungen macht Sch. den Devisenhamstern, die große ausländische Werte in ihren Tresoren liegen haben und dem Verkehr entziehen. Er fordert rücksichtsloses Vorgehen gegen diejenigen, die durch ihr Verhalten das Sinken der Kart verschulden und fördern.

Das sind bittere Anklagen gegen die bestehenden Klassen, die hier erhoben werden, deren Kern noch mehr zwischen den Zeilen gelesen werden muß als in den gebrauchten Worten selbst. Wenn wir dieses Treiben noch länger dulden, kann der Widerstand gegen den französischen Imperialismus nicht mit allzu großer Begeisterung vom deutschen Volke geleitet werden.

Es ist bitter, in solcher Situation die Gewissenlosigkeit aufdecken zu müssen, die unsere bestehenden Klassen beherrscht. Mit schönen Worten wird man dieser Gesellschaft natürlich nicht bekommen und wirksame Taten sind von unserer Regierung in dieser Hinsicht erst recht nicht zu erwarten. Sie muß sich also darauf beschränken, die eingeleitete Stützungsaktion der Kart fortzusetzen.

Wir müssen somit auf jeden Fall in naher Zeit auf wirtschaftliche Nöte gefaßt sein. Ob sie lange anhalten oder nicht, ist schwer zu sagen.

Localbeitragsfragen.

Eine scharfe Attacke gegen die Lokalkassen reitet in Nr. 8 Kollege Schöffel, Rothenburg o. d. T., der sich als grundsätzlicher Gegner derselben bekennt und meint, daß die Nachteile dieser Einrichtung für den Gesamtverband klar ersichtlich seien. Gleich mir werden noch vielen Verbandskollegen die angeführten Nachteile nicht so sehr klar erscheinen. Nachdem ich in unserer Organisation nach heftigen Kämpfen das Unterstützungsprinzip durchgesetzt hat, haben sich in der Folge aus ganz bestimmten Motiven die Lokalkassen entwickelt. Vor allem war es der Gedanke, daß unsere Verbandsunterstützungsätze immer ungenügend waren und es auch noch lange sein werden. Deshalb wurden in der Vorkriegszeit neben der vollen Entrichtung des jeweils auf Verbandstagen beschlossenen Beitrages in vielen Verwaltungsstellen noch ein Localbeitrag erhoben. Dieser diente dazu, um einen Aufschuß zu den statutarischen Unterstützungen und auch in besonderen Notfällen geben zu können. Besonders die letzteren Fälle kommen heute als Krisisfolge viel mehr in Betracht als früher. Da ist es doch zweifellos die Ortsverwaltung, die in ihrem Wirkungsbereich die Kollegen und deren sozialen Lage bei einem Notfälle kennt und sofort im Rahmen von Veranlassungsbeschüssen oder des Lokalstatuts helfend eingreifen kann. Die Ortsverwaltungen wissen, wie oft sie in vielen Notfällen lindern eingreifen mußten und konnten. Das geschieht doch wohlwollend im wohlverstandenen Interesse der Organisation und wirkt nachhaltiger und besser als manche Agitationsveranstaltung.

Wie würde sich nun die Behandlung all der angeführten Notfälle stellen, wenn keine Lokalkasse mit autonomer Verwaltung vorhanden wäre und selbst wenn der von Kollegen Schöffel in Aussicht gestellte Ausbau des § 35 des Statuts Laftache würde? Da müßte sich der Vorstand der Verwaltungsstelle auf den Höhenboden setzen und einen ausführlichen Bericht an den Hauptvorstand aufstellen, daß der Kollege Lehmann aus den und den Gründen sich in einer Notlage befindet; es wird beantragt, eine Unterstützung im Betrage von . . . M. zu bewilligen. Nun kann der Hauptvorstand in Berlin den Antrag genehmigen oder ablehnen oder auch noch nähere Zukunft verlangen. Dem Fall selbst steht der Zentralvorstand fremd gegenüber. Es entstehen zunächst Kosten für Papier, Porto usw. und wohl auch Reinigungsverschiedenheiten und Streit, bevor der Leidende etwas bekommt. Damit haben wir dann ein kleines Beispiel des vielbestimmten deutschen Bürokratismus, der es sich zur Aufgabe macht, mit möglichst viel Umständen und Kosten nichts zu erreichen. Für diesen Zustand wollen wir wahrlich unsere Lokalkassen nicht eintauschen. Es sind aber nicht nur Notfälle, bei denen die Lokalkasse in Frage kommt, sondern auch alle anderen Fälle wie Mahregelung, Aussperrung und Streik. So haben wir beim süddeutschen Metallarbeiterstreik die Mittel der Lokalkasse sehr notwendig brauchen können als Aufschuß zu der völlig ungenügenden Streikunterstützung. Wenn dann Kollege Schöffel behauptet, die Hauptkasse würde durch die Localbeiträge geschädigt zum Schaden der Mitglieder, so ist das doch wohl falsch; denn wie angeführt, wird doch die Lokalkasse bei richtiger Verwaltung nur im Interesse des Verbandes und der Mitglieder verwendet. Wenn dann auch die Hauptkassenbeiträge zugunsten der Localbeiträge etwas unter dem tatsächlichen Stundenlohn liegen, so betrachte ich dies als kein Unglück. Bilsach würde bei Wegfall der Lokalkasse der Verbandsbeitrag sich nur um einen Teil der Localbeiträge erhöhen. Wenn heute bei einem Stundenlohn von 900 M., 800 M. Verbands- und 100 M. Local-

beitrag gezahlt wird, so können beide Teile damit zufrieden sein. Berechneterweise muß man doch auch zugehen, daß sich die Formel: Ein Stundenlohn — ein Verbandsbeitrag nicht so ohne weiteres von früher auf heute übertragen läßt, denn für unseren Stundenlohn können wir heute nur noch einen Bruchteil von dem kaufen wie vor dem Kriege. Das führe ich an, trotzdem ich immer ein Verechter hoher Beiträge war und noch bin.

Ob die bisherigen Leistungen der Lokalkassen bei deren Abschaffung durch die Hauptkasse einen vollen Ersatz finden würden, der dem Bedürfnis der Verwaltungsstellen entspricht, dahinter mache ich ein großes Fragezeichen, denn unsere Zentralvorstände sind finanztechnisch sehr vorsichtig.

Bei der Lokalkasse handelt es sich übrigens um eine grundsätzliche Frage. Kollege Schöffel ist für eine strikte, absolute Zentralisierung. Ich bin der Meinung, daß eine allzu überspannte Zentralisierung auch ihre Nachteile hat, und daß man den Ortsverwaltungen das bisshen Bewegungsfreiheit und Selbstverwaltungsrecht, das ihnen die Lokalkasse bietet, ruhig belassen sollte. Im Interesse unserer Organisation, gerade so wie im Staatsleben den Gemeinden auf manchen Gebieten Selbstverwaltung zuteilt. Zum Schluß kommend, bebauere ich, daß Kollege Schöffel von den Lokalkassen als von einem Hebel spricht, das heißt doch deren bisherige Leistung und Bedeutung total verkennen. Ich bestreite ihm auch, daß die Lokalkassen unsere Kampfsaufgaben geschwächt hätten. Das Gegenteil ist richtig.

Wenn Kollege Schöffel an den kommenden Verbandstag appelliert, die Lokalkassen abzuschaffen, so sehe ich dem entgegen: Hände weg von den Lokalkassen, sie haben bisher nur Gutes gewirkt und werden auch in Zukunft bei richtiger Verwaltung im Interesse des Verbandes gänzlich und fördernd wirken.

Karl Bühler, Heilbronn a. Neckar.

Sie werden schon wieder frech!

Es ist eine der übelsten Eigenschaften, daß Menschen, die durch günstige Umstände zu etwas gekommen sind und durch die gewonnene wirtschaftliche Position sozusagen Gewalt über andere Menschen erlangt haben, diese oft in geradezu widerlicher Art mißbrauchen. So wird uns aus Frankfurt a. M. ein solcher Fall gemeldet. Ein Kollege war zehn Jahre lang bei einem dortigen Meister in Stellung. Solange derselbe sich schlecht und recht durchschlug, mußte, was das gegenseitige Verhältnis ein gutes, fast kameradschaftliches. Das änderte sich, als der Mann infolge der Zeitverhältnisse hochkam und schwer verdiente. Jetzt terrorisiert er das ganze Gewerbe am Ort. Er hat sich in den Kopf gesetzt, nicht mit den Gehilfen zu verhandeln, und alle anderen Unternehmer berufen sich darauf, daß die Kollegen stets erst zum Schlichtungsausschuß rennen müssen, wenn sie etwas mehr Lohn haben wollen.

Solange die Gehilfen dem Verband fernblieben und Tag und Nacht schufteten, damit der Mann hoch kam, war alles in Butter. Das änderte sich, als die Kollegen erkannten, daß sie ohne Organisation nicht zu ihrem Lohn kommen würden, und dem Verband beitraten. Da war alles verfallen, was der Kollege getan hatte, damit der Meister hoch kam, so daß schließlich der Dank aussehen und Kreditfragen beim Gewerbergericht durch den Gemahrgestellten war. Inzwischen ist auch Verhandlung gewesen, doch durch die dort beliebte Laftache, das Verfahren in die Länge zu ziehen und den Gegner zu ermüden, ist dieser Fall bis heute noch in der Schwebe.

Aus Schleswig wird gemeldet, daß dort von der größten Firma noch überaus niedrige Löhne gezahlt werden und daß die anderen Meister sich diese zum Vorbild nehmen. Auch dort wird, wie ehemals in der Vorkriegszeit, die alte Methode angewandt, die Verbandsmitglieder an die Luft zu legen. Diese rückständigen Geister wollen damit den Organisationsgedanken torfchlagen. Als ob das jemals möglich wäre! Sollte es diesen Gewaltmenschen auch ab und zu mal gelingen, unorganisierte Ausbeutungsofferte zu erwischen, so wird das nicht von langer Dauer sein. Der Organisationsgedanke wird sich doch Bahn brechen.

Wir eruchen unsere Verbandsmitglieder, die Verhältnisse in solchen Orten scharf zu kontrollieren, denn es mag noch genug von der Sorte Unternehmern geben, die vollständig verfallen haben, daß sie erst durch ungenügende, selbstlose Arbeit ihrer Gehilfen emporgelassen sind.

Es ist notwendig, Orte und Unternehmer zu meiden, die ihre Mitarbeiter derart behandeln und bezahlen. Wer es dennoch unternimmt, soll sich wenigstens vorher mit der Verbandsteilung in Verbindung setzen, andernfalls hat er sich die Folgen selbst zuzuschreiben.

Man erschreut aus diesen Berichten, welche Westesverfassung, trotz der ersten Zeiten, in welchen

wir leben, diese Kleinflücker befehl. Immer die alte Geschichte: jeder Emporkömmling nimmt für sich das Recht in Anspruch, andere als Knechte behandeln zu dürfen. Und das entrüstet sich dann, wenn der Spiegel einmal umgedreht wird und es ihnen ebenso geht.

Im Anschluß an vorstehendes erhalten wir aus Aachen die Nachricht, daß dort bei der Firma Steintücher Kollege Gab, der sein Arbeitsverhältnis ordnungsgemäß gekündigt hatte, schon am zweiten Tage darauf seinen Lohn erhielt. Großmütig erklärte die Firma, sie wolle ihn noch acht Tage behalten, sie habe aber kein Heim für Obdachlose. Der Kollege hatte sich bereits eine andere Stelle gesucht, konnte sie aber nicht antreten, weil die Eisenbahn stilllag. Der Kollege hatte gekündigt, weil er den Tariflohn nicht erhielt, nun sollte er gehen, bevor die Kündigungsfrist abgelaufen war. Bei dieser Firma sollen im allgemeinen keine roßigen Zustände herrschen. Auch hier gilt die bekannte Regel!

Aus der Lederwarenindustrie.

Am 4. März beginnt die Messe in Leipzig. Ueber die Situation in der Lederwaren- und Reiseartikelbranche hat Herr Mag. Kahn, München, sich wie folgt geäußert: (Berliner Tagebl. Nr. 99 28. Februar).

Am 8. und 7. Februar wurden auf der Lederwarenmesse von 8- bis 10 000 Mk. pro Pfd. Haut erzielt. Ende Januar stand der Dollar auf 50 000 Mk. Am 14. Februar allgemeine Ernüchterung, Dollarkurs 25- bis 26 000 Mk. Der Dollar fällt, so war nun die Meinung aller Welt, die Ware wird billiger. Das Gegenteil war der Fall. Die Metall- und Glasfabrikanten, die Artikel aus Metall und Glas für die Reiseartikel herstellen, erhöhten ihre Preise. Kinderhäute kosten pro Pfd. 8- bis 10 000 Mk. Troßdem seien die Preise für Lederwaren und Reiseartikel im Verhältnis zu Schuh- und Textilwaren noch sehr niedrig. Auf der Leipziger Messe werde vom Ausland riesig gekauft werden. Auch im Inlande wären die Lagerbestände gelichtet und da auf billigere Preise nicht mehr zu rechnen ist, würden auch die heimischen Händler kaufen. Somit wäre für die Lederwarenindustrie für die nächste Zeit noch mit einer vorzüglichen Geschäftslage zu rechnen. Wir stehen dieser Auffassung des Herrn Kahn sehr mißtrauisch gegenüber.

Schmiedemesse in Leipzig. Gegenstand der Leipziger Ostermesse veranstaltet der Reichsverband der Leder- und Polstermöbelfabrikanten im Möbelmessehaus, Rudolphstraße 4, eine Schmiedemesse. Die künstlerische Aufmachung ist dem Prof. Peter Behrens, Berlin, übertragen worden. Man will Wohnräume aller Art, Dielen, Bureau- und Geschäftsräume in künstlerischer Aufmachung zeigen.

Die Situation an der Ruhr.

Die PreSSION der Besatzungsstruppen werden immer stärker. Nicht nur, daß zahlreiche Fälle von direktem Straßenraub gemeldet werden, auch viele Willkür des Lohngebier, Waren usw., werden einfach weggenommen. Das neueste ist die Androhung der Todes- und langjähriger Zuchthausstrafe für alle, die den Befehlen der Besatzungsstruppen nicht gehorchen können und wollen. Die Demolierung der bisherigen Handelskammer, die Verhaftung zahlreicher Bürgermeister und höherer Beamten und ihre Bestrafung mit langem Gefängnis, die Ausweisung und Vertreibung zahlreicher Beamten und ihrer Familien aus der Heimat, reiht sich an.

In der Haltung Englands und Amerikas ist noch keine wesentliche Aenderung zu spüren, man wartet und wartet. Wohl werden allerlei Gerüchte verbreitet, daß eine Intervention zu erwarten sei, doch werden sie alsbald wieder demontiert. So kann man sagen, bis auf die neuen Drohungen ist die Situation im wesentlichen dieselbe geblieben.

In der Metallarbeiterzeitung finden wir die Mißsituation geschildert von W. Häusgen, der die Dinge an Ort und Stelle beobachtet. Er kommt zu dem Resultat, daß wir kaum mit einer baldigen Beendigung der Besetzung rechnen dürfen, sondern mit Abwehrmaßnahmen, die auf eine längere Dauer vorzuziehen, uns einzustellen haben. Er sagt sehr richtig, daß wir nicht nur feststellen dürfen, daß Frankreich bisher nicht viel erreicht hat, sondern auch nicht außer acht lassen dürfen, was unsere Wirtschaft selbst dabei erfährt. Die Dinge müßten deshalb ständig scharf beobachtet, und politische Fehler vermieden werden. Viele solcher politischen Fehler entstehen dadurch, daß unbewußt und unbeabsichtigt der Wunsch die Tatsachen größer oder kleiner, näher oder ferner, jedenfalls aber anders sieht, als sie wirklich sind.

Daß dem so ist, beweist auch die Haltung mancher Arbeiter zur Frage der Ruhrhilfe. Die Ruhrhilfe ist dazu bestimmt, das Los der Arbeitslosen und Kurz-

arbeiter zu lindern, und zwar auch im unbefetzten Gebiet, soweit Mittel zur Verfügung stehen. Der ADGB hat wiederholt erklärt, daß ihm Mitbestimmungsrecht über die Verwendung der Gelder zusteht. Man sollte doch mit Kritiken aufhören, die die Einseitigkeit der Hilfsaktion nur stören.

Korrespondenzen.

Richtigstellung.

In dem Verammlungsbericht von Usm in Nr. 8 hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Der Kartelldelegierte heißt Huttelmeier, ebenso der Verfasser des Berichts.

Chemnitz. (2.3.) Vollversammlung am 17. Februar. Der Referent Altermann sprach über die Besetzung des Ruhrgebiets und die wirtschaftliche Auswirkung für die deutsche Arbeiterschaft. Er schilderte die Ursachen und besprach die Kolonialfrage und die bisher stattgefundenen Kriege. Auch die Ruhrbesetzung verfolgte nur Eroberung wirtschaftlicher Macht und Vorteile. Es müsse darüber unbedingt Aufklärung unter den Massen verbreitet werden, damit der wahre Sachverhalt erkannt wird. Dazu sprach Gaudlich, Franz und Bernhardt. Franz protestiert gegen den in Nr. 7 der Verbandszeitung stehenden Aufruf des ADGB zur Abführung eines Stundenlohnes an die Ruhrhilfe. Wir wollen nicht gemeinsam mit dem Kapital zur Ruhrhilfe steuern, sondern für uns. Der ADGB Sachsen, sowie die Gewerkschaftsvorstände von Chemnitz lehnen die Ruhrhilfe in Gemeinschaft mit dem Unternehmertum ab.

An unsere Verbands-Funktionäre!

Der bleibende Erfolg aller unserer Arbeit in der Gegenwart kann für die Zukunft nur dann gesichert werden, wenn unser heranwachsender Nachwuchs geschult wird, das schwer Erzeugene zu erhalten und weiter auszubauen.

Es gilt Umchau zu halten, die willigen und schätzbaren Kollegen herauszufinden, sich ihrer liebevoll anzunehmen und zu tüchtigen Mitarbeitern heranzubilden.

Je mehr Kräfte geschult werden für die Werkstätte, um so größer wird unser Erfolg und Fortschritt sein.

Sammelt die Kräfte, heßt bauen an der Grundlage, auf der eine bessere Welt- und Wirtschaftsordnung errichtet werden kann.

ab. Als Kartelldelegierte werden Braun und Wieland gewählt, als Bezirksbesitzer Wieland. Wieland erstattete noch Bericht von der letzten Vertrauensmännerversammlung.

Eugen Silbermann.

Göppingen. (28. 2.) Verammlung vom 4. Februar. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Vorsitz Karl Weber, Frh. Köder, Kassierer Otto Benfeler, Schriftführer W. Schubert, Revisoren Weber, Köder, Benfeler; Kartell Wilhelm. Der Kassierer zeigte einen guten Stand, der Kassierer wurde einstimmig für den Vorstehenden spricht keine Freude aus über den besseren Verammlungsbesuch.

Offenbach a. M. (26. 2.) Die am 12. Februar Kartell besuchte Vertrauensmännerversammlung nahm Kenntnis von den beiden letzten Verhandlungen in der Lederwarenindustrie vom 24. Januar und 6. Februar, deren Ergebnis darin bestand, daß die Spigenlöhne für die vierie Januarwoche von 585 Mk. auf 660 Mk., für die fünfte Januarwoche von 635 Mk. auf 740 Mk. geändert und für die beiden ersten Februarwochen auf 1400 Mk. festgelegt wurden. Die Diskussion drehte sich ausschließlich um die Frage der Abfordberechnung, welche in den Betrieben so unterschiedlich gehandhabt wird, daß es notwendig erscheint, eine einheitliche Grundlage hierfür zu finden, entweder generell ausgeglichen für den Bezirk oder für den einzelnen Betrieb. Die Regelung dieser Frage steht bei den komplizierten Verhältnissen im Offenbacher Industriebezirk auf die größten Schwierigkeiten und wird nicht sofort erledigt werden können.

Offenbach a. M. Die am 19. Februar von circa 1000 Mitgliedern besuchte Jahresgeneralversammlung ist unter der im Saale herrschenden niedrigen Temperatur, welche eine frostige Stimmung verursachte. Die Tätigkeit der Verwaltung im verschiedenen Geschäftsjahr, welche Krüger schilderte, zeigte, daß in der Lohn- und Tarifpolitik erfolgreich gearbeitet wurde, daß nur durch rege organisatorische Arbeit der Verwaltung und tatkräftige Mitwirkung vieler Kollegen es ermöglicht wurde, auf diejenige Linie allerdings erst nach hartnäckigen Verhandlungen mit den Unternehmern zu kommen, die als Mindestmaß

der jeweiligen Wirtschaftslage betrachtet werden kann. Der Erfolg zeigt sich auch in der Zunahme des Mitgliederbestandes um 1605 von 5099 auf 6704 sowie einer günstigen Beitragsleistung der Gesamtmitgliedschaft, von durchschnittlich 49,33 Wochenbeiträgen pro Jahr, bei einer neunmaligen Beitragsänderung. Das eintrachtige Zusammenarbeiten in der Verwaltung selbst, die rege Mitarbeit der Betriebsvertrauensleute und Ableute, die einheitliche Einstellung der Gesamtmitgliedschaft in allen schwierigen Situationen sowie die Anpassung der Zeitung im Bureau nach jeder Richtung hin, hat uns eine organisatorische Grundlage geschaffen, die ein erfolgreiches Weiterarbeiten für die Zukunft verbürgt. Von einer Diskussion zum Bericht wurde Abstand genommen. Das Vertrauen der Mitglieder zur Verwaltung kam dadurch zum Ausdruck, daß die drei Beamten einstimmig wiedergewählt wurden, desgleichen sämtliche bisherigen Ortsverwaltungsmitglieder.

Nachdem Kollege Gaim auf die Vorarbeiten zu dem im Juni in Offenbach stattfindenden Verbandstag hinwies sowie für eine Regelung der Sammlungen für die Ruhrhilfe nach der Richtung hin, daß ein gemeinsames Zusammenkommen mit dem Gelde der Unternehmer verhindert wird, konnte die Verammlung nach eineinhalbstündiger Dauer geschlossen werden.

Offenbach a. M. Die Vertrauensmännerversammlung vom 23. Februar besaßte sich mit dem Resultat der Lohnverhandlungen für die zweite Februarhälfte in der Lederwarenindustrie. Durch Schiedspruch der Bezirks-Schlichtungskommission wurden die Löhne in der Spige auf 1600 Mk. geregelt. Die Arbeitgeber begründeten ihre abnehmende Haltung mit der allgemeinen geschäftlichen Unsicherheit und der Geschäftslage in der Lederwarenindustrie, verursacht durch die Schwankungen des Dollarkurses. Sie sind der Auffassung, daß der letzte Lohnabschluß ausreichend für die Bedürfnisse der zweiten Februarhälfte wäre; diese Haltung wurde stark kritisiert. Wenn die Vertrauensmänner dem Schiedspruch trotzdem zustimmen, müßte zum Ausdruck kommen, daß dieser Lohn keineswegs den Bedürfnissen genüge und bedauert wird, daß wiederum keine einheitliche Abfordberechnung zustande gekommen ist.

NB. Am 24. Februar lehnten die Arbeitgeber den Schiedspruch ab. Am 26. Februar mußte die Bezirks-Schlichtungskommission auf Anruf beider Parteien eine endgültige Entscheidung treffen. Diese ging dahin, daß durch Vereinbarung beider Parteien der Spigenlohn vom 16. bis 22. Februar auf 1500 Mark und vom 23. Februar bis 9. März auf 1600 Mk. festgesetzt wurde.

H. K.

Solingen. (3.3.) Seit 1 1/2 Jahren haben wir hier einen Sondertarif, da die Unternehmer den Reichstari nicht anerkannten. Es wurden dieselben Löhne gezahlt wie in der Metallindustrie. Bei der letzten Lohnerhöhung am 20. Februar wurden den Arbeiter 30 Proz., den Zeitlöhnern 40 Proz. bewilligt. Die Unternehmer boten uns allgemein nur 30 Proz. Das wäre für Gehilfen 120 Mk., für Frauen und Mädchen 82 Mk. pro Stunde weniger, als die Metallarbeiter erhalten. In der gut besuchten Verammlung, Sonntag, den 25. Februar, wurde das Angebot einstimmig abgelehnt und beschloß, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Gauweiler Schneider ermahnte die Anwesenden in kräftigen Worten, am weiteren Ausbau der Organisation mitzuarbeiten.

Stettin. (1. 3.) Verammlung vom 23. Februar. Gerhard-Berlin referierte über „Die wirtschaftliche Lage und die Stellung der Gewerkschaften“. Der Referent betonte, daß die Zentrale der Gewerkschaften alles getan habe, ihren Einfluß geltend zu machen. Wenn es nicht so gekommen ist, wie die Massen es wünschen, so läge das daran, daß die Verhältnisse stärker sind als der Wille der Menschen. Krause führt aus, daß die führenden Stellen bessere Erfolge erzielt haben würden, wenn sie die Massen zur Hilfe gezogen hätten, wie z. B. beim Rapp-Putsch und beim Rathenau-Mord. Krause zeigt an Beispielen, mit welcher negativem Ergebnis das Betriebsräte-, das Reichsmietens- und das Elternbeiträgegesetz angewandt werden. Im Schlußwort sucht Gerhard die Ausführungen Krauses zu widerlegen, gibt aber in vielen Beziehungen Krause recht. Dann wurde die Beitrags- und Unterhaltungsfrage erörtert. Es wird bemängelt, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht im rechten Verhältnis zu den Beiträgen stünde, während andere Unterstützungen, welche selten in Anwendung kämen, günstiger sind. Ein Umlieg sei es, wenn Arbeitslose mehr Wochenbeitrag zahlen sollten, als die Erwerbslosenunterstützung beträgt. Es wäre verständlich, daß Hauptvorstand und Beirat alle vier Wochen den Beitrag erhöhen, daß aber nicht für den Beschluß kompetent halten, daß während des Bezuges der Erwerbslosenunterstützung keine Beiträge gezahlt werden brauchen. Es sei aufgefallen, daß der Vorstand diesen Standpunkt nicht immer vertreten habe, man könne daraus schließen, daß die Geschäftsführung zu wünschen übrig lasse. Kollege Gerhard erklärte, daß der Verbandstag in Halle diese Be-

Nimmungen vom Tapeziererverband auf besonderen Wunsch übernommen und daran grundfänglich keine Änderung vom Vorstand vorgenommen werde.

Dierfen. (S. 3.) Versammlung vom 25. Februar. Gauleiter Döring aus Düsseldorf begrüßte die Kollegen; er bedauerte, daß noch so viele, obwohl sie organisiert sind, dem Verbandsleben und den wichtigsten und brennendsten Gegenwarts- und Zukunftsfragen so interesselos gegenüberstehen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsaufnahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Fahrzeugindustrie. Düsseldorf. Ab 16. Februar bis 1. März Gruppe I 2000 Mk., Gruppe II 1900 Mk.

Für den Freistaat Sachsen wurde mit Wirkung vom 1. Februar 1923 bis 31. Januar 1924 ein Landeslohn abgepfloffen. Arbeitszeit 48 Stunden. Ueberstunden 25 und 40 Proz. Zuschlag. Lohn wird zentral festgesetzt. Akkordarbeit ist statthaft.

Handwerksattler. (Für Gehilfen über 23 Jahre.) Freistaat Sachsen. Ab 5. März in Ortsklasse A 1281, B 1183, C 1125, D 1079 Mk. pro Stunde.

Treibriemenindustrie. Die Verhandlung ist voraussichtlich am Sonnabend, den 10. März 1923.

Tapezierergewerbe. (Angegeben ist der Lohn der ältesten Facharbeiter und -arbeiterinnen.) Berlin. Ab 1. bis 7. März Junggehilfen 970,

ab 8. bis 15. März 984, ältere Gehilfen 1480 bis 1480, Näherinnen 1116 bis 1131 Mk.

Dormstobl. Ende Februar 1598, Näherinnen 1238 Mk.

Dresden. Ab 2. bis 8. März 1223, Näherinnen 780 Mk.

Duisburg. Vom 16. bis 28. März 1830, Näherinnen 1052 Mk.

Düsseldorf. Ab 15. Februar bis 8. März 1400, Spezialarbeiter 1500, Näherinnen 1000 Mk. Außer dem Abwehrguloge: für erstere 250, für Näherinnen 125 Mk. pro Stunde.

Dülken - Münden - Gladbach usw. Ab 2. März 1700, Näherinnen 1060 Mk. Abwehrguloge 150 Mk., Näherinnen 93 Mk. pro Stunde.

Eberfeld-Barmen. Ab 23. Februar 1900, Näherinnen 1050 Mk.

Köln a. Rh. Ab 2. bis 15. März 2214, Näherinnen 1439 Mk.

Mörs. Ab 28. Februar 1700 Mk. Zehndelk. Der Streik bei der Firma Gerloff ist beendet.

Lederwarenindustrie.

(Angegeben ist der Lohn des Facharbeiters über 23 Jahre in Klasse I.)

Berlin. Ab 9./10. März bis 16. März 1500 Mk. Dresden-Ostschlesien. Ab 3. bis 9. März 1340 Mk. Erfurt, Thüringen, Harz. Ab 1. bis 8. März 1500 Mk.

Karlsruhe-Baden. Ab 2./3. bis 15. März 1600 Mk.

Eberswalde. Hier traten am 21. Februar die Arbeiter der Kofferfabrik Theodor Hübig in den Ausstand, weil es ihnen nicht mehr möglich war, trotz neun- bis zehnständiger Arbeitszeit mit den Löhnen, die die Firma unter Nichtachtung des Tarifes zahlte, existieren zu können.

fändigte ihren Arbeitern, weil sie ebenfalls nicht mehr den Tarif einhalten will. Beide Firmen werden nun verurteilt, von auswärts Kollegen heranzuziehen.

Bücherchau.

Im Vorwärtsverlag, Berlin, Lindenstraße 3, erschienen: Adelheid Popp, „Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin, vierte Auflage, mit einem Geleitwort von August Bebel. Ein ergreifendes, packendes Bild von jähsten Kämpfen, um sich aus des Lebens Niederungen empor zum Licht zu ringen, entrollt die Verfasserin vor unsern Augen, zugleich ein Bild sozialen Glens.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 12. bis 18. März ist der 11. Wochenbeitrag fällig.

Verjammungskalender.

Halle. Sonnabend, den 10. März, abends 7 Uhr. Volkerversammlung, Volkspark. Kiel. Montag, den 19. März, abends 7 Uhr: Volkerversammlung im Gewerkschaftshaus. Steflin. Freitag, den 16. März, abends 7 Uhr, bei Karr, Volkerversammlung.

Sterbetafel.

Berlin. Am 14. Februar Linoleumleger Fritz Steinlopf, 32 Jahre alt. — Am 22. Februar Sattler Friedrich Theophil, 40 Jahre alt. Dresden. Tapezierer Reinhold Maichle, 73 Jahre alt. Ein altes, treues, bewandertes Mitglied, nach langem schweren Krankenlager, von uns.

Zentralkrankenkasse der Sattler, Portefeuller und Berufsgenossen Deutschlands zu Berlin.

Auf Grund des § 24 Abs. 4 haben Vorstand und Aufsichtsrat zum Ausgleich der Geldbewertung beim Reichsaufsichtsrat die Genehmigung zur Verknüpfung der Beiträge und Leistungen beantragt.

Von diesem Zeitpunkt ab beträgt das Eintrittsgeld 60 Mk. und der regelmäßige Beitrag in der 1. Klasse 10 Mk., 2. Klasse 30 Mk., 3. Klasse 60 Mk. Nach 50jähriger Mitgliedschaft beträgt das Krankengeld im Falle einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit für die Dauer von 30 Wochen vom 1. Tage ab:

Table with 3 columns: Klasse, tägliche Höhe, wöchentlich. 1. Klasse 45 Mk., wöchentlich 270 Mk.; 2. Klasse 135 Mk., wöchentlich 810 Mk.; 3. Klasse 270 Mk., wöchentlich 1620 Mk.

Bei kürzerer Mitgliedschaft wird in allen Klassen nur die Hälfte dieser Unterhaltungsätze für die Dauer von 13 Wochen gezahlt.

Die Beerdigungskosten beim Tode des Mitgliedes beträgt nach 50jähriger Mitgliedschaft in der 1. Klasse 1500 Mk., 2. Klasse 4500 Mk., 3. Klasse 9000 Mk. Für den Erlass eines verlorengegangenen Mitgliedsbuches sind künftig 60 Mk. von dem betreffenden Mitglied zu zahlen.

Das neue Material wird den Verwaltungsstellen rechtzeitig zugestellt. Da diese Neuregelung der Geldbewertung noch immer nicht Rechnung trägt, haben Vorstand und Aufsichtsrat erneut beschloffen, beim Reichsaufsichtsrat die Genehmigung zu einer nochmaligen Verknüpfung der Beiträge und Leistungen einzubringen.

Unterstützungsverordn. der Sattler, Portefeuller und Berufsgenossen Deutschlands. Auf Beschluß des Vorstandes vom 2. März 1923 werden die Satzungen des Unterstützungsvereins mit Wirkung vom 1. April 1923 wie folgt geändert:

Das Eintrittsgeld beträgt bis zum vollendeten 30. Lebensjahr 30 Mk., von da ab bis zum 45. Lebensjahr 60 Mk. Als Beitrag ist pro Monat von dem Mitglied 20 Mk. zu entrichten.

Die im § 3 festgesetzten Leistungen betragen nach einjähriger Mitgliedschaft 1500 Mk., nach dreijähriger Mitgliedschaft 2700 Mk., nach sechsjähriger Mitgliedschaft 3900 Mk. und nach zehnjähriger Mitgliedschaft 4500 Mk.

Die erhöhten Leistungen können aber erst nach einjähriger Zahlung der erhöhten Beiträge, also ab 1. April 1924, zur Auszahlung kommen. Von diesem Zeitpunkt ab wird dann die gesamte Mitgliedschaft auf die Karenzzeit angerechnet.

Der Vorstand: Ernst Schulse, Vorsitzender.

Tüchtiger Kofferattler,

perfekt auf Suit-Cases, zu höchst. Tarifen löhnen per sofort gesucht. Bei Anstellung Kalkulation vergütet.

Gebrüder Göhe

Mech. Leder- und Sattlerwarenfabrik Braunschweig, Frankfurter Straße 24.

Tüchtige Sattler-, Wagen- und Sportattler und Portefeuller.

die auf Grund ihrer Erfahrungen praktische Behandlungen gegen angemessene Vergütung schreiben wollen, werden gebeten, Angebote unter G. W. 5385 an Wundt & Hoffmann, Frankfurt a. M., einzureichen.

Rund- und Rordelschnur,

Meister oder Vorarbeiter, mit der Herstellung eines erstklassigen Fabrikates vertraut, von Riemenfabrik mit eigenen Gerbereien gesucht.

Ausführliche Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter „905“ an die Expedition dieser Zeitung.

Tüchtiger Portefeuller,

Spezialität Wägelkassen und weiche Arbeit, auch im Zuschneiden erfahren, der sofort in dauernde, bestbezahlte Stellung gesucht.

Eugen Singer, Lederwarenfabrik, Stuttgart, Reinsburgstr. 84.

Die in Nr. 9 veröffentlichten Preise für Fachlehrbücher können nur noch für einige Exemplare, die auf Lager vorhanden sind, eingeholt werden. Der Verlag hat die Preise zum Teil um mehr als 100 Proz. erhöht.